

Wilhelm Kempf

Wahlentscheidung oder Kapitulation?

Versuch einer politisch-psychologischen Analyse der nicaraguanischen Wahlen vom Februar 1990

Zehneinhalb Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur und fünfeinviertel Jahre nach dem überwältigenden Wahlsieg, welchen die FSLN bei den ersten freien Wahlen in der Geschichte Nicaraguas im November 1984 errungen hatte, brachten die Wahlen vom 25. Februar 1990 den Sandinisten eine schwere Niederlage bei. 55,2 % der Wähler votierten für das von den USA unterstützte Oppositionsbündnis UNO. Auf die FSLN entfielen lediglich 40,8 % der abgegebenen Stimmen. Will man das Zustandekommen dieses — für alle Beteiligten völlig unerwarteten — Wahlergebnisses verstehen, so muß man die Wahlen im Kontext des unerklärten Krieges sehen, welchen die USA neun Jahre lang gegen die nicaraguanische Bevölkerung geführt haben und welchen daher auch nur die nicaraguanische Bevölkerung durch ihre Kapitulation beenden konnte. Folgerichtig erklärte US-Präsident Bush sofort nach Bekanntwerden des Wahlausganges die Kriegsziele der USA als erreicht und forderte, daß unverzüglich ein Waffenstillstand eingehalten werde. Nun gebe es keinen Grund mehr für weitere militärische Aktivitäten irgendeiner Seite.¹

Innerhalb der Militärdoktrin der *Low-intensity Warfare* (Kriegsführung niedriger Intensität), wie sie von den USA gegenüber Nicaragua angewendet wurde, stellen militärische Aktivitäten herkömmlicher Art nur einen Teilaspekt der Kriegsführung dar. Auch wirtschaftliche, politische und psychologische Maßnahmen werden als integraler Bestandteil einer militärischen Praxis begriffen, deren Ziel — anders als in traditionellen Kriegen — nicht in der Eroberung von Territorium besteht, sondern darin, eine gewünschte Verhaltensänderung in der Bevölkerung zu erzwingen.² Im konkreten Fall des Krieges gegen Nicaragua standen von Anfang an ökonomische Maßnahmen im Zentrum der Kriegsführung. Hatte US-Präsident Carter noch versucht, die nicaraguanische Revolution durch selektive (finanzielle) Anreize und politischen Druck zu kanalisieren, so richtete sein Amtsnachfolger Reagan die Nicaraguapolitik der USA auf die Destabilisierung und den Sturz der Regierung in Managua aus. Zielsetzung war es, den nationalen Konsens zu zerstören, der sich im Widerstand gegen die Diktatur herausgebildet hatte. Gleichzeitig sollte verhindert werden, daß eine erfolgreiche Revolution zum Beispiel für ganz Lateinamerika werden könnte.

Um eine solche Beispielswirkung zu verhindern, wurde sofort nach Reagans Amtsantritt die bilaterale Wirtschaftshilfe der USA an Nicaragua gestrichen. Selbst Zusagen über Nahrungsmittellieferungen wurden nicht eingehalten und die Einfuhrquoten für nicaraguanischen Zucker radikal gekürzt. Bereits genehmigte Kredite wurden gesperrt. Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank wurden von den USA unter Druck gesetzt, um Nicaragua jeden Zugang zu Krediten zu verweigern. US-Konzerne verlegten ihre Produktion aus

Nicaragua in andere zentralamerikanische Länder. Laufende Verträge wurden nicht eingehalten und Handelsbeschränkungen wurden erlassen.

Gleichzeitig begann Reagan mit dem Aufbau einer konterrevolutionären Söldnertruppe (»Contra«), die sich hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der berüchtigten Nationalgarde Somozas rekrutierte. Ende 1983 standen um die 12000 Mann unter Waffen. Da sich das Ziel, an der honduranischen Grenze »befreite Gebiete« zu besetzen, um dort eine Gegenregierung auszurufen, als nicht realisierbar erwies, wurden auch die Aktionen der Contra in erster Linie auf die Untergrabung der ökonomischen Existenzfähigkeit Nicaraguas ausgerichtet, um so die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu schüren. Die Anschläge der Contra richteten sich gegen ökonomische Ziele und die Infrastruktur des Landes. Im Oktober 1983 erfolgten außerdem Angriffe des CIA auf Corinto und Puerto Sandino, die beiden wichtigsten Häfen Nicaraguas. Von den Erfolgen ermutigt, betrieb der CIA in den ersten Monaten des Jahres 1984 die Verminung der nicaraguanischen Häfen, die später zur Verurteilung der USA durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag führte. Bei all diesen Operationen ging es nicht nur um die direkten ökonomischen Schäden, welche durch die Überfälle verursacht wurden, sondern — wie US-Regierungsbeamte offen eingestanden — auch darum, daß »die Contras die Sandinisten schwächen, indem sie sie zwingen, ohnehin knappe Mittel für den Krieg aufzuwenden und den Sozialprogrammen zu entziehen« (zit. n. Chomsky 1988, 49).

»Jede neue Schule und jedes neue Krankenhaus, das nicht gebaut wurde, jede Genossenschaft ohne Saatgut oder Dünger, jeder zum Militärdienst eingezogene produktive Arbeiter konnte das Versagen der Revolution widerspiegeln, den Bedürfnissen der Leute zu entsprechen. Zwischen Oktober 1983 und Oktober 1984 verloren die Löhne nicaraguanischer Arbeiter 40 % ihrer Kaufkraft. In der gleichen Zeit mußten mehr als 50 Krankenhäuser, 360 Schulen und 840 Einrichtungen der Erwachsenenbildung wegen Angriffen oder Sabotage geschlossen werden.« (Miles 1986, 31)

Wenn es Reagan zu diesem Zeitpunkt dennoch nicht gelungen ist, in Nicaragua eine politische Opposition zu schaffen, welche die Machtfrage hätte stellen können, so ist dies vor allem auf die Konsequenz zurückzuführen, mit welcher die FSLN trotz sich verschärfender Kriegsbedingungen die demokratische Neuordnung des Landes betrieb und damit die Propaganda Lügen strafte, welche die Regierung in Managua als totalitäres Regime erscheinen lassen wollte. Aus den Wahlen, welche im November 1984 unter der Kontrolle von über 400 Wahlbeobachtern aus aller Welt stattfanden, ging die FSLN mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen als Sieger hervor. 33 Prozent der Stimmen verteilten sich auf die sechs Oppositionsparteien PCD (14.04 %), PLI (9.60 %), PPSC (5.56 %), PCdeN (1,54 %), PSN (1,31 %) und MAP-ML (1,03 %) (zit. n. Instituto ... 1989, 29).

Die Hoffnung Nicaraguas, die USA durch die demokratische Legitimierung seiner Revolution zum Einlenken bewegen zu können, erfüllte sich jedoch nicht. Nachdem Reagan bereits einen Teil der Oppositionsparteien zum Wahlboykott gedrängt hatte, erklärte er die Wahlen zur »Farce« und nahm sie einfach nicht zur Kenntnis. Statt dessen verfügte Reagan Anfang Mai 1985 mit einem totalen Handelsembargo gegen Nicaragua eine weitere und für die Erreichung der

Kriegsziele der USA entscheidende Eskalation des Krieges: Erlitt das Land zwischen 1982 und 1987 durch Contraüberfälle, von außen kommende Angriffe und die Verminung nicaraguanischer Häfen durch den CIA Schäden in Höhe von 297,9 Mio. US-Dollar an Produktionsmitteln und Einrichtungen der sozialen Versorgung sowie kriegsbedingte Produktionsverluste in Höhe von 1288 Mio US-Dollar, so gingen Nicaragua infolge des Handelsembargos innerhalb von zweieinhalb Jahren (bis Ende 1987) Exporteinkünfte in Höhe von 325,4 Mio US-Dollar verloren. Die durch das Handelsembargo entstandenen Verluste im Brutto-Inlandsprodukt werden auf 2546 Mio. US-Dollar geschätzt. Zusammen gerechnet: 4477,3 Mio. US-Dollar.

Was diese Zahlen — bei einem Bruttosozialprodukt von 2760 Mio. US-Dollar (1985) bedeuten, liegt auf der Hand. Nicaragua wurde in die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte gestürzt. Eine Inflationsrate, die 1987 die Rekordhöhe von 300 % im Monat erreichte, zwang die Regierung 1988 zu einer Reihe von drastischen Maßnahmen, deren Hauptlast die ärmeren Teile der Bevölkerung zu tragen hatten. Dadurch konnte die nicaraguanische Wirtschaft zwar noch einmal vor dem Kollaps gerettet werden. Gleichzeitig war es den USA damit jedoch gelungen, nicht nur die Beispielswirkung Nicaraguas auf andere Länder der Region ein Stück weit zu neutralisieren, sondern auch eine Basis für die psychologische Destabilisierung der nicaraguanischen Bevölkerung zu schaffen. Wie die Ergebnisse einer psychologischen Erhebung zeigen, die Jaime Whitford (1990) zwischen 1986 und 1988 in Managua, Matagalpa, Jinotega und Juigalpa durchführte, sind es nicht die militärischen Auswirkungen des Krieges, sondern vor allem die ökonomischen Kriegsfolgen, welche zum Auslöser von Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung wurden. Während die militärische Situation des Landes von der Regierung kontrolliert wurde, hat sich die ökonomische Lage zu einer existentiellen Bedrohung zugespitzt, welche die tägliche Reproduktion besonders für die Lohnarbeiter in den Städten zu einem schier unlösbaren Problem werden ließ. Es ist daher auch kaum verwunderlich, daß die Opposition bei den Wahlen vom Februar 1990 besonders in den Arbeitervierteln der Großstädte Stimmen gewinnen konnte.

Daß das Votum vom 25. Februar 1990 so deutlich zugunsten des Oppositionsbündnisses UNO ausgefallen ist, kann durch die wirtschaftliche Misere allein dennoch nicht zufriedenstellend erklärt werden. Auch dann nicht, wenn man unterstellt, daß es der US-Propaganda gelungen sei, den Zusammenhang zwischen dem Krieg und seinen wirtschaftlichen Folgen zu verschleiern. Denn, wie aus einer Meinungsumfrage hervorgeht, die das Forschungszentrum ITZTANI im Juni 1988 in Managua durchgeführt hat, unterstützten zu diesem Zeitpunkt immer noch 71,7 % der Befragten die Politik Präsident Ortegas, obwohl nur 19 % die Ansicht vertraten, daß der Grund für die wirtschaftlichen Probleme »Reagan«, »die Aggression«, »die Blockade« oder »der Krieg« seien — und 36 % der Befragten meinten, daß das Hauptproblem der Wirtschaft »die niedrigen Löhne«, »die geringe Produktion« oder eine »schlechte Regierung« seien (vgl. Kempf 1990, 84). Die darin zum Ausdruck kommende Diskrepanz macht deutlich, daß die wirtschaftliche Notlage allein nicht ausreichte, um der Regierung das Vertrauen zu entziehen — jedenfalls solange nicht, als die Regierung durch ihre

erfolgreiche Friedenspolitik (im März 1988 war die Vereinbarung eines Waffenstillstandes mit der Contra gelungen) die Hoffnung auf ein bevorstehendes Kriegsende vermitteln konnte.

Wie Jaime Whitford (1990, 81f.) berichtet, hatten zwischen 78,8 % (in Juigalpa) und 87 % (in Matagalpa und Jinotega) der Befragten eine negative Wahrnehmung der Situation des Landes. Trotzdem beurteilten aber nur jene (maximal 5,4 %) der Befragten die Situation als »unerträglich« oder »unhaltbar«, die vom Krieg am stärksten betroffen waren und auch sich selbst als ohnmächtig gegenüber der Realität empfanden. Im Gegensatz dazu glaubten 80 % der Befragten, »daß in ihnen positive Veränderungen stattfinden werden, Gefühle der Heiterkeit, des Glücks und der Ruhe, sofern der Krieg ein Ende findet. Und viele sehen, daß es im Frieden einen Weg für die Entwicklung des Landes gibt«.

Diese Hoffnung ist es denn auch gewesen, die sich am Ende als wahlentscheidend herausstellen sollte. Denn so sehr die Sandinisten eine Aussöhnung mit den USA anstrebten und ihre Bereitschaft zu Demokratie, Frieden und nationaler Aussöhnung *praktisch* unter Beweis stellten, sie erwiesen damit nur ihre Ohnmacht gegenüber dem Diktat der USA, die sich die Entscheidung über die Beendigung des Krieges und die Aufhebung der Wirtschaftsblockade vorbehielten. Die nicaraguanische Bevölkerung hatte nicht zwischen den regierenden Sandinisten und dem Oppositionsbündnis UNO zu wählen. Sie hatte lediglich zu entscheiden, ob sie die Fortsetzung ihrer militärischen Nötigung und ihrer ökonomischen Strangulierung durch die USA sechs weitere Jahre ertragen wollte.

Nach Einschätzung des Ministers für Planung und Staatshaushalt, Alejandro Martínez Cuenca³, haben Krieg und Wirtschaftsboykott Nicaragua um fast 50 Jahre zurückgeworfen. Selbst wenn es gelingen sollte, die Exportkapazität von 1979 wiederzuerlangen, würden die Exporte von 25 Jahren benötigt werden, nur um die während der Amtszeit Reagans erlittenen Verluste auszugleichen. Ähnliche Rechnungen werden neuerdings auch von nordamerikanischen Experten aufgestellt: Zwei Jahrzehnte lang müßte das nicaraguanische Bruttosozialprodukt jährlich um 5 Prozent wachsen, um auch nur auf den Stand von 1979 zu kommen (*Der Spiegel* 5.3.90, 167). Daß eine Erholung der nicaraguanischen Wirtschaft nur möglich ist, »wenn die westlichen Demokratien — vor allem die Vereinigten Staaten, aber auch wir — dieser neuen Demokratie massiv helfen«, wurde drei Tage nach der Wahl auch vom ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler⁴ offen eingestanden: »Wenn nun wieder Devisen da sind, wenn Geld da ist und diese Abkapselung aufhört, dann habe ich keine Zweifel, daß in Nicaragua dasselbe möglich sein kann wie in Costa Rica.«

Auch die nicaraguanische Regierung versuchte nicht darüber hinwegzutäuschen, »daß es ohne regionale Entspannung unmöglich ist, den inneren Friedensprozeß und den Wirtschaftsaufbau zu verwirklichen«, wie Victor Tirado Lopez, Mitglied der Nationalen FSLN-Führung, in einer Broschüre zum 10. Jahrestag der Revolution formulierte. Und sie versuchte auch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Erfolg des Entspannungsprozesses letztlich von den USA abhing. Entsprechend erklärte Präsident Ortega bereits vor Beginn des Wahlkampfes⁵, daß Nicaragua bereit sei, mit den USA gemeinsam für Frieden in Lateinamerika zu arbeiten. Und noch bei der Stimmabgabe⁶ versicherte er der

Bevölkerung seinen Willen, das Verhältnis zwischen Nicaragua und den USA zu normalisieren.

Die Sandinisten selbst hatten damit die Erfüllbarkeit ihrer Wahlversprechen vom *Good Will* der USA abhängig gemacht, die ihrerseits keinen Zweifel daran ließen, daß sie dazu kaum bereit sein würden, wenn die Sandinisten die Wahlen gewinnen. Zwar versicherte der Beauftragte des UN-Generalsekretärs zur Beobachtung der Wahlen, Elliott Richardson, am 15. Januar in Managua, die USA würden jedes Ergebnis der bevorstehenden Wahlen anerkennen, *wenn* dieses auf korrekte Weise zustandekomme (FR 17.1.90), doch diente dies nur als Auftakt für die Infragestellung der Gültigkeit der Wahlen durch das US-Außenministerium drei Tage später (FR 20.1.90). Und nachdem sich abzeichnete, daß infolge der strengen internationalen Wahlkontrollen eine Anfechtung der Wahlen wenig glaubwürdig sein würde, erklärte US-Außenminister Baker zwei Tage vor der Wahl, daß reguläre Wahlen allein für die USA keinen hinreichenden Grund darstellen würden, ihre Beziehungen zu Nicaragua zu normalisieren. Im Falle eines Wahlsieges der Sandinisten sei eine längere Periode »guter Führung« notwendig, bevor die USA »ins Auge fassen können, mit einer Prüfung zu beginnen, wie wir unsere Beziehungen normalisieren könnten« (FR 24.2.90). Für den Fall eines Wahlsieges der Opposition hatte US-Präsident Bush bereits im November angekündigt, das Handelsembargo gegen Nicaragua aufzuheben und die Wirtschaftshilfe wieder aufzunehmen (FR 10.11.89).

An diesem 25. Februar wurde in Nicaragua weder gegen die Sandinisten gestimmt noch für Doña Violeta. Gestimmt wurde für das nackte Überleben und die Hoffnung, daß auch der Machtwechsel nicht restlos zerstören wird, was die sandinistische Revolution dem Land gegeben hat: »Ein bißchen Würde, ein bißchen Demokratie und soziale Gerechtigkeit«, wie Daniel Ortega das in seiner Stellungnahme formulierte, die er nach dem Wahltag um 6 Uhr morgens in einer Pressekonferenz bekanntgab.

Anmerkungen

- 1 US-Präsident Bush in seiner von Regierungssprecher Fitzwater verlesenen Presseerklärung (zit. n. ORF Nachrichten vom 26.2.1990). Dieselbe Formulierung hat inzwischen auch die siegreiche Präsidentschaftskandidatin Violeta Chamorro in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* übernommen. (Vgl. *Der Spiegel* vom 5.3.1990, S.169).
- 2 Zur Integration militärischer und nicht-militärischer Elemente von Low-Intensity-Warfare vgl. u.a. Hippler (1986) sowie Klare & Kornbluh (1988).
- 3 Zit.n. *Barricada internacional*, deutschsprachige Ausgabe Nr.8, März 1989.
- 4 Am 28.2.1990 in einem Fernsehinterview mit SW3.
- 5 U.a. in seiner Rede zum 10. Jahrestag der Revolution (Zit.n. Fernsehen DRS, Tagesschau vom 19.7.89).
- 6 Zit.n. Fernsehen DRS, Nachrichten vom 26.2.1990.

Literaturverzeichnis

- Chomsky, N., 1988: Die 5. Freiheit. Über Macht und Ideologie. Vorlesungen in Managua. Hamburg
- Hippler, J., 1986: Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien für die Dritte Welt. Köln
- Instituto Histórico Centroamericano, 1989: »4. November 1984 — Ein historischer Tag«. In: *Envío* 100, Oktober
- Kempf, W. (Hrsg.), 1990: Medienkrieg oder »Der Fall Nicaragua«. Hamburg
- Klare, M.T. und P. Kornbluh, 1988: *Low Intensity Warfare*. New York
- Miles, S., 1986: *The Real War — Low Intensity Conflict in Central America*. NACLA-Report on the Americas, Vol.20, No.2
- Whitford, J., 1990: »Angst und Krieg in Nicaragua«. In: Kempf, W. (Hrsg.), 1990